

Kreistag des Odenwaldkreises – Sondersitzung 12.12.2018

Die Meinungslage zum Ausbau von Windindustrie im Kreistag des Odenwaldkreises ist wie in der Bevölkerung gespalten nach wie vor gespalten. Ich beziehe mich auf die Regionalversammlung, der der TPEE 2018 Wind zur Abstimmung vorliegt.

1. Regionalversammlung damals am 16.12.2016

Ich erlaube mir, daran zu erinnern, dass ich vor zwei Jahren am 16.12.2016 als Stellvertreter in der Regionalversammlung Südhessen in offener Rede der Regierungspräsidentin vorgehalten hatte, dass die beabsichtigte Planung im TPEE Wind den Odenwaldkreis überproportional belasten wird und habe gegen das Planwerk gestimmt. Ich stieß auf heftige Kritik. Wenige Tage später, am letzten Tag des Jahres 2016, wurden die Windindustrieflächen Stillfüssel und Kahlberg genehmigt.

Die verantwortungslose Landschaftszerstörung durch subventionierte Windindustrieanlagen mit allen Folgen für die Lebensqualität und die Gesundheit der Menschen, die Trinkwassergefährdung und den Schaden in Flora und Fauna lehne ich ab.

Ich nehme es wörtlich, wenn gesagt wird, dass in der Politik der Mensch im Mittelpunkt stehen muss.

Ministerpräsident Bouffier wird zitiert mit dem Satz: „Windkraft darf nicht gegen den Willen der Menschen durchgesetzt werden!“

2. Regionalkolonialismus

Die Energiewende mit der Ausweisung der privilegierten Flächen macht den Odenwald auf Kosten der Stromverbraucher zu einem Spekulationsgebiet für subventionsgesteuerte Großunternehmen, wodurch in unserem ländlichen und waldreichen Raum kein einziger Arbeitsplatz entsteht. Ohne einen Wertausgleich zugunsten des Gemeinwohls für entnommene Leistungen durch die Zerstörung der Odenwaldhöhen und der CO₂-speichernden Wälder (CO₂-Senke) erleben wir eine Form des Regionalkolonialismus, durch den die einen reicher und der Odenwald ärmer wird. Wo viel Geld im Spiel ist, gibt es viel Betrug und Verschleierungen.

3. Hessischen Energiegipfels vom 5. April 2011

Bei den Berechnungen der Bedarfsflächen wurde für Windindustrieanlagen der Beschluss des sogenannten Hessischen Energiegipfels vom 5. April 2011 zugrunde gelegt und bei maximaler Ausnutzung von 2% der Landesfläche theoretisch **bis zu maximal 28 TWh/a** Windenergieerzeugung in Hessen nach dem Stand der Technik 2011 gemäß der „Studie zum Potenzial der Windenergienutzung an Land“ (Studie zum Potenzial der Windenergienutzung an Land“, Fraunhofer IWES im Auftrag des Bundesverbandes WindEnergie e.V., März 2011.) für möglich gehalten. Die damaligen Rotoren waren wesentlich leistungsschwächer als die heutige Generation. Wenn man damals von einem Energieproduktionsziel Windkraft mit 28 TWh/a (bei max. Ausnutzung von 2 % der Landesfläche) ausging, muss es erlaubt sein zu fragen, ob dieses Potenzial mit stärkeren Rotoren auf einer geringeren Landesfläche möglich ist. Zudem muss gefragt werden, wie viel TWh/a nach dem derzeitigen Stand der Installation von Windindustrieanlagen überhaupt noch benötigt wird und ob überhaupt noch Rotoren im Odenwald gebraucht werden im Sinne der Ziele des Energiebedarfs. Für das Land Hessen heisst das: die Ziele des Energiegipfels von 2011 haben sich durch die Realität widerlegt und haben keine Gültigkeit mehr.

Daher halte ich einen Energiegipfel mit entsprechenden Modifizierungen unter Berücksichtigung der Report Mainz 11.12.2018: Die Überproduktion an Ökostrom kommt Verbraucher 2018 teuer zu stehen. Die "Augsburger Allgemeine" berichtet, es fallen Hunderte Millionen Euro an Kosten an. Diese ergeben sich aus einer Entschädigungszahlung, die den Betreibern von Windkraft-, Photovoltaik-Anlagen oder Anbietern von Biomasse zusteht, wenn zuviel Strom erzeugt wird, der nicht ins Stromnetz eingespeist werden kann. inzwischen feststellbaren technischen Entwicklungen für erforderlich, weil der Zubau der erforderlichen Stromerzeugungs- und Verteilungskapazitäten von der Landesregierung im Rahmen der Landesplanung geregelt wird.

Die schwache Windhöflichkeit im Odenwald muss unter dem damals vorgegebenen wirtschaftlichen Aspekten ebenfalls neu betrachtet werden.

4. Flächenverbrauch für privilegierte Standortflächen

Wenn man sich die Mühe macht, den Flächenverbrauch für privilegierte Standortflächen durch den Wegebau für den Schwerlastverkehr und den Leitungsbau ausschließlich auf den Waldanteil des waldreichsten Kreises

Hessens zu beziehen und ein Plus von 10 % Rodungsflächen hinzuzurechnet, kommt man zu einem wesentlich höheren Waldverlust als in den Plandaten beziffert. Der Odenwaldkreis hat einen Gebietsanteil von 56 % der Gesamtfläche und Windindustrieanlagen werden nach dem Regionalplan im Odenwaldkreis ausschließlich im Wald errichtet.

Diese Rodungszahlen werden bei der seitherigen Diskussion nicht erwähnt und verschleiern die wirklichen Rodungsflächen für die Windindustrie. Nimmt man die Flächen im TPEE 2018 und bezieht sie auf die Waldfläche des Odenwaldkreises und schlägt 10 % zu, kommt man auf 7,35 % der Vorrangflächen bezogen auf die Waldfläche des Odenwaldkreises.

Die Zahlengrundlagen: Die gesamte Kreisfläche des Odenwaldkreises beträgt 62.400 ha. Die gesamte Waldfläche des Odenwaldkreises beträgt 34.900 ha. Das sind 56 % Waldanteil an der gesamten Kreisfläche. Der FNP Odenwaldkreis sieht 8 Vorrangflächen mit 1.004 ha vor, 1,61 % der Kreisfläche und 2,88 % der Waldfläche. Der TPEE 2018 sieht für den Odenwaldkreis 18 Vorrangflächen mit 2.331 ha vor, 3,74 % der Kreisfläche und 6,68 % der Waldfläche. Rechnet man einen Zuschlag an Rodungsflächen für Wegebau für den Schwerlastverkehr und die Leitungstrassen von rund 10 %, ergeben sich folgende Zahlen: Der FNP Odenwaldkreis sieht bei 8 Vorrangflächen mit Zuschlag 1.104,4 ha vor, 1,77 % der Kreisfläche und 3,16 % der Waldfläche. Der TPEE 2018 Odenwaldkreis sieht 18 Vorrangflächen mit Zuschlag 2.564,1 ha vor, 4,11 % der Kreisfläche und 7,35 % der Waldfläche.

5. Pfälzerwald und Spessart frei von Rotoren

Ich erlaube mir den Hinweis auf die Tatsachen, dass der Pfälzerwald und der bayerische Spessart in der jeweiligen Landesplanung frei bleiben von Windindustrieanlagen, die Bürgermeister des hessischen Spessarts (Bad Orb usw.) sich nun ebenfalls dafür ausgesprochen haben, dass dieser Teil des Spessarts frei bleibt, und die UNESCO für das Odenwälder Welterbe nichts unternommen hat, werden mit Interesse aufgenommen. (Ich füge immer an, dass ich bei meinem Besuch auf der Insel Rügen kein Windrad gesehen habe, obwohl dort viel Wind von Natur aus vorhanden ist.) Ich füge mein Bedauern an, dass die verantwortliche Politik nicht für den Schutz des Odenwaldes in gleicher Weise eingesetzt hat. Interessant ist auch, dass der Regionalplan sehr wohl die Bergstraße aus der Bebauung mit Windindustrie herausnimmt mit dem Argument, dass hier die Siedlungsdichte größer ist als westlich davon in dünn besiedelten Odenwald. So argumentiert auch die bayerische Planung in Bezug auf den Odenwald, um die im Spessart eingesparten privilegierten Flächen zu kompensieren.

6. Emissionshandel

Wenn man aktuell liest (Odenwälder Echo vom 11.12.2018, Seite 8), dass unser Staat am Handel mit Klimagasen mehr verdient hat als im Bundeshaushalt eingeplant und man erkennt, dass der Emissionshandel durch Verkauf von CO₂-Zertifikaten und dem damit verbundenen Aufkauf von Verschmutzungsrechten zu einer neutralen CO₂-Bilanz führt, darf man fragen, ob auf diese Weise überhaupt ein Beitrag zum erhofften Klimaschutz geleistet werden kann wenn noch mehr Rotoren im Odenwald errichtet werden und durch den erzeugten Flatterstrom weitere Schattenkraftwerke erforderlich machen.

7. Nachhaltigkeit

Es bestehen Zweifel, ob das Prinzip der mittlerweile als Staatsziel in der Hessischen Verfassung aufgenommenen Nachhaltigkeit in den Baugenehmigungen für Windindustrieanlagen aufgenommen ist und Flächennachweise für Wiederaufforstung verlangt werden.

Es schafft kein Vertrauen, wenn alle Argumente gegen die Landschaftszerstörung und für den Schutz der Lebensqualität, den Trinkwasserschutz, den Artenschutz und Denkmalschutz, den Schutz von Flora und Fauna aufgeführt werden und für die Genehmigungsbehörde in der Einzelfallprüfung als unerheblich bewertet werden.

8. Nächste Schritte

Wenn denn, was anzunehmen ist durch einen Antrag von CDU und SPD, die Regionalversammlung am Freitag, 14.12.2018 die Abstimmung über den TPEE 2018 aussetzt, sollte die kommunale Politik die Zeit nutzen, ihre Positionen nachdrücklich vorzutragen. Schließlich stehen wir in Hessen zurzeit in der Phase einer

neuen Regierungsbildung mit Koalitionsverhandlungen. Die CDU wird daran gemessen werden, ob es ihr gelingt, die zehnfache Rotorenhöhe als Entfernung zur Bebauung durchzusetzen angesichts der Aussage von Wirtschaftsminister Alwazir die Anzahl der Windindustrieanlagen in Hessen zu verdoppeln, wo in erster Linie der „dünn besiedelte“ Odenwald gemeint ist.

Weil ich davon ausgehe, dass der Verwaltungsgerichtshof in Kassel nicht gegen die Festlegungen der Politik entscheiden und dem Flächennutzungsplan des Odenwaldkreises auch keine Rechtskraft beimessen wird, halte ich es für sehr wichtig, einen Plan B, den ich derzeit nicht kenne, zu entwickeln.

Einen **Dialog** der Politik mit den Bürgerinitiativen halte ich angesichts der gesellschaftlichen Spaltung für empfehlenswert.

Horst Schnur 12.12.2018